

Methodisten fordern Abzug der Atomwaffen aus Deutschland

Tagung der Evangelisch-methodistischen Kirche in Süddeutschland

Frankfurt/Main, 26.05.2011/APD Das in Öhringen bei Heilbronn tagende Kirchenparlament der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Süddeutschland, die „Süddeutsche Jährliche Konferenz“, hat unter anderem einen Notfallplan für Opfer sexueller Gewalt entgegengenommen und eine Resolution verabschiedet, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, dafür einzutreten, dass alle noch in Deutschland lagernden Atomwaffen abgezogen werden.

Das in der Öffentlichkeit viel diskutierte Thema „Sexuelle Gewalt und Missbrauch in der Kirche“ werde laut Pressesprecher Klaus Ulrich Ruof in der EmK seit Jahren offensiv und transparent behandelt. Schon seit längerem gebe es für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter einen Verhaltenskodex, der von allen Mitarbeitern in der Kinder- und Jugendarbeit unterzeichnet werden müsse. Jetzt habe die Konferenztagung einen Notfallplan für Opfer sexueller Gewalt entgegengenommen, der konkrete Hilfestellungen enthalte, „um im Notfall angemessen reagieren zu können“. Darüber hinaus sei vom Kinder- und Jugendwerk eine Broschüre mit ausführlichen Leitlinien für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der EmK veröffentlicht worden, informierte Ruof. Sie enthalte praktische Anregungen, die im Umgang mit Kindern und Jugendlichen Sicherheit geben sollten. Unter anderem würden dabei besonders die Themen Gewalt und sexueller Missbrauch, aber auch der Umgang mit Alkohol angesprochen.

In der während der Konferenztagung diskutierten und verabschiedeten Resolution zum Abzug der noch in Deutschland befindlichen amerikanischen Atomwaffen heißt es unter anderem,

dass Atomwaffen auf deutschem Boden die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung untergraben würden: „Wie kann die Bundesregierung fordern, dass einige Staaten auf nukleare Abschreckung verzichten, während sich Deutschland unter dem Nuklearschirm der NATO positioniert?“ Laut Pressesprecher Ruof werde Rosemarie Wenner, Bischöfin der EmK in Deutschland, die Resolution zusammen mit einem Begleitschreiben an die Bundeskanzlerin und an die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag senden.

Das Kirchenparlament habe, so Ruof, die Eckpunkte eines Sparpakets bestätigt, mit dem der Haushalt der EmK in Deutschland ab 2012 um rund 270.000 Euro reduziert werden solle. Der von der Süddeutschen Konferenz aufzubringende Beitragsteil reduziere sich um etwa 100.000 Euro auf rund 660.000 Euro. Im Gegenzug zu dieser Entlastung übernehme die Süddeutsche Konferenz die evangelisch-methodistische Privatfunkagentur „radio m“ und die Personalstelle im freikirchlichen Posaunenwerk (BCPD) in ihre Verantwortung. Die Verringerung des Haushalts für die zentrale kirchliche Administrations- und Programmebene sei nötig geworden, weil die EmK-Konferenzen in Norddeutschland und Ostdeutschland zur Konsolidierung ihrer Haushalte die finanziellen Verpflichtungen für die deutschlandweit gemeinsam zu leistende Arbeit hätten reduzieren müssen. „Eine kleiner werdende Kirche muss ihre Strukturen anpassen und das Personal effektiv einsetzen, um damit finanzielle Entlastungen zu erzielen“, gab Ruof zu bedenken.

Aufgrund einer auffälligen Zahl von Dienstaussfällen in der Pastorenschaft mit Verdacht auf Burn-out-Syndrom habe die Konferenz den Zwischenbericht einer Arbeitsgruppe zur Kenntnis genommen und eine unter wissenschaftlicher Anleitung erstellte Umfrage zur Arbeitszufriedenheit unter den Hauptamtlichen der Süddeutschen Konferenz auf den Weg gebracht. Die Umfrage werde unter allen Hauptamtlichen im pastoralen Dienst der EmK in Süddeutschland bis Mitte Juni durchgeführt und im Verlauf des

Jahres 2011 ausgewertet.

In seinen Beratungen über Finanzen habe laut Ruof das Kirchenparlament eine Vorlage des EmK-Kirchenvorstands mit dem Ziel bestätigt, die Altersversorgung der Ruhestandspastoren neu zu regeln. Über einen längeren Zeitraum bis ins Jahr 2060 solle die Versorgung der Ruhestandspastoren bis zur Hälfte auf eine kapitalgedeckte Versorgung umgestellt werden. In den vergangenen drei Jahren habe eine Sonderaktion in den süddeutschen EmK-Gemeinden bereits einen Betrag von fast zwei Millionen Euro ergeben, mit dem der kapitalgedeckte kirchliche Versorgungsfonds aufgestockt worden sei.

Für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen hätten die Kirchengemeinden eine sogenannte Beschaffungsordnung erhalten, die unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten Leitlinien für die Gebäudeeinrichtung und die Materialbeschaffung vermittele.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!